OKTOBER 2020

infodienst

der Arbeitsgemeinschaft Eine-Welt-Gruppen im Bistum Münster und in der Evangelischen Kirche von Westfalen

WELTBAUSTELLEN

Welt von morgen wächst vor Ort

SCHULDENERLASS
Weitere Schritte gehen!

FAIRER HANDEL UND CORONA
Kreative Ideen

BILDUNGSANGEBOT
BeWEGnung

AUS DEM INHALT

WIR ÜBER UNS

Judith Wüllhorst löst Ulrich Jost-Blome ab
Generationswechsel in der Leitung der Fachstelle Weltkirche 4

ÜBER DEN TELLERRAND

Osteuropäische Werkvertragsarbeiter zahlen hohen Preis
Billig! Billig! Billig! 5

Entwicklungspolitische Lehren nach Corona-Ausbruch bei Tönnies
Das System Billigfleisch überwinden! 7

Projekt „Die Zukunft des Eine-Welt-Engagements in NRW“
Erfahrungen, Impulse und Perspektiven weiterhin gefragt 9

Politische Debatte um verbindliche Unternehmensverantwortung
„Heißer Herbst“ für ein Lieferkettengesetz 10

62. Aktion von Brot für die Welt
„Kindern Zukunft schenken“ 11

Kampagne für Saubere Kleidung
Isabell Ullrich stellt sich vor 12

3. Ökumenischer Kirchentag soll stattfinden
Sorgen und Ängste der Menschen im Mittelpunkt 13

Schuldenerlass zur Bekämpfung der Corona-Pandemie
Jetzt weitere Schritte gehen! 14

Urban Art Kampagne des Eine Welt Netz NRW beendet
Die Welt von morgen wächst vor Ort 17

FAIR & ÖKO

Fairer Handel in Zeiten von Corona
Kreative Ideen sind gefragt! 20

Weltläden in Zeiten der Corona
Hauptamtliche als Joker? 21

SERVICE

Alternatives Bildungsangebot in Zeiten von Corona
BeWEGnung 24

Bildungsarbeit auch in Corona-Zeiten
Kontaktlos Interesse wecken mit Ausstellungen von Brot für die Welt 25

Unterrichtsmodule zu weltweiten Entwicklungsfragen und zur nachhaltigen Entwicklung
Module, Medien, Materialien 25

Youth Climate Action Day
Junge Menschen rund um den Globus setzen Zeichen für mehr Klimaschutz 26

Liebe Leserinnen und Leser,

was für ein verrücktes Jahr! Ein Jahr, in dem Abschied und Neubeginn die durchgehenden Aufgaben sind. Und das betrifft uns alle im entwicklungspolitischen Engagement: die kirchlichen Hilfswerke, die Eine-Welt-Gruppen, jeden Einzelnen. Corona zwingt uns dazu, Bewährtes sein zu lassen und Neues auszuprobieren.

Nehmen wir die Werke: Misereor beispielsweise lebt bekanntlich nicht zuletzt von den Münzen und Scheinen im Klingelbeutel vor allem am fünften Fastensonntag. Was aber, wenn keine Gottesdienste stattfinden oder die Kirchenbänke nur schütter besetzt sind? Ein Millionen-Loch bei den Kollekten-Einnahmen ist die Folge. Neue Ansätze und Methoden in der Spenderansprache werden dringend benötigt.

Oder die Akademien, Verbände, Bildungsorganisationen: Etablierte Veranstaltungsformen wie Tagungen und Infoabende müssen abgesagt werden. Neue Formate, nach denen schon lange gerufen wird, sollen an die Stelle treten. Leicht gesagt, doch schwer getan. Manche unserer Aktiven sind – vielleicht schon allein wegen ihres Alters – nur begrenzt technikaffin. Selbst Homepages und E-Mail-Accounts sind nicht bei allen selbstverständlich, ganz zu schweigen von Webinaren und anderen digitalen Bildungsformaten.

Schwer gebeutelt sind auch die Fairhandelsgruppen. Weltläden bleiben geschlossen, üblicherweise nach Gottesdiensten aufgestellte Tapeziertische bleiben zusammengeklappt. Was tun mit den Waren, deren Mindesthaltbarkeitsdatum bedrohlich nahe rückt? Aus dem Fenster verkaufen? Einen Auslieferdienst organisieren?

Abschied und Neubeginn – im Übrigen auch für mich.

Nach vierzig Jahren beruflicher Tätigkeit ist Schluss. Wenn ich nun Abschied nehme, schaue ich gerne auf eine unermesslich bereichernde Zeit zurück. Ihnen, liebe Leserin und lieber Leser, sei verraten, dass mir unter den vielen unterschiedlichen Aufgaben der „Infodienst“ eine der liebsten gewesen ist. Verknüpfen konnte ich seit März 1991 dabei meinen nicht realisierten Berufswunsch des Journalisten mit dem erlernten Beruf des Deutschlehrers und vor allem mit dem tatsächlich ausgeübten Beruf des entwicklungspolitischen Referenten.

Jetzt werde ich mich neu einschwingen und möchte mich offen halten für alles Neue.

Ein letztes Mal wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre des Infodienstes!

Ulrich Jost-Blome

Judith Wüllhorst löst Ulrich Jost-Blome ab

Generationswechsel in der Leitung der Fachstelle Weltkirche

Judith Wüllhorst leitet ab Dezember 2020 die Fachstelle Weltkirche im Bischöflichen Generalvikariat Münster. Zu ihren Aufgaben gehört es, auf Seiten des Bistums Münster die Arbeitsgemeinschaft Eine-Welt-Gruppen zu steuern. Sie wird dieses gemeinsam mit Katja Breyer tun, die diese Aufgabe wie bisher schon für die Evangelische Kirche von Westfalen wahrnimmt.

Die neue katholische Verantwortliche für die Arbeitsgemeinschaft Eine-Welt-Gruppen und damit auch für den Infodienst stellt sich schon heute vor:

Liebe Leserinnen und Leser,

ab Dezember 2020 werde ich die Leitung der Fachstelle Weltkirche übernehmen und freue mich über die Möglichkeit, mich heute kurz vorzustellen. Ich bin 31 Jahre, in Selm, am Rande des Ruhrgebiets, aufgewachsen und wohne in Münster. Nach meinem Studium der katholischen Theologie (Mag. theol.) und Sozialwissenschaften (M. Ed.) in Münster und Buenos Aires war ich von 2018 bis Oktober 2020 als Referentin für weltkirchliche Auslandsdienste und als Referentin für pastoraltheologische Grundsatzfragen im Bistum Münster tätig. Mit der weltkirchlichen Arbeit im Bistum Münster bin ich allerdings schon seit mehr als zehn Jahren eng verbunden. Von 2009 bis 2010 absolvierte ich einen Weltwärts-Freiwilligendienst in Tansania, Sumbawanga. Dort habe ich, neben Kiswahili, vor allem gelernt, Dinge aus einer anderen Perspektive zu betrachten und mir meiner eigenen kulturellen Prägungen bewusst zu werden. Ich konnte erleben, was es heißt, Teil von Welt, Teil einer Weltkirche zu sein und was für ein großes Geschenk die Begegnung mit Menschen aus unterschiedlichen Ländern und Kulturkreisen für mich ist. Seitdem hat es mich immer wieder in die Welt gezogen. Praktika und Honorartätigkeiten bei Missio, dem Auswärtigen Amt und in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit haben meine Perspektive auf globales Engagement erweitert.

Während verschiedener Aufenthalte in Süd- und Ostafrika, in Mexiko, Argentinien, der Dominikanischen Republik, Vietnam und Israel wurden mir auch die großen Herausforderungen bewusst, vor denen wir als Weltgemeinschaft heute stehen: Die gravierenden Auswirkungen des Klimawandels auf Länder des globalen Südens, ungerechte Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, Migrationsbewegungen in Folge von Armut, Perspektivlosigkeit und eine immer größer werdende globale Ungleichheit, die Zunahme von fundamentalistischer und rassistischer Gewalt, der immer noch nicht für alle Menschen gewährleistete Zugang zu sanitären Einrichtungen, Wasser und Bildung – Herausforderungen, die durch die Corona-Pandemie noch zusätzlich verschärft wurden.

Ich bin davon überzeugt, dass Zukunft nur gemeinsam gestaltet werden kann und dass weltkirchliches Engagement, angesichts dieser Herausforderungen und in einer Zeit, in der Nationalismen stark gemacht und Mauern gebaut werden, wichtiger ist denn je. Die Perspektive zu wechseln, Andersartigkeit und Pluralität aushalten zu lernen und ein Verständnis für die eigenen Privilegien und die Realität von Menschen in anderen Teilen der Welt zu entwickeln: All das sind Schlüsselkompetenzen, die durch weltkirchliches Lernen, durch gegenseitigen Austausch und Begegnungen geschult werden können.

Es ist mir ein großes Anliegen, dass weltkirchliches Engagement auch in Zukunft lebendig und erfahrbar bleibt, dass postkoloniale Machtstrukturen aufgebrochen und weltweite Partnerschaften gestärkt werden. Für besonders wichtig erachte ich dabei die Bereitschaft, das eigene Handeln, die eigene Sprache und das eigene Denken immer wieder anfragen zu lassen und sich auf neue Begegnungen einzulassen.

Es begeistert mich, unter anderem hier im Infodienst, immer wieder von wertvollen Initiativen, Projekten und Ideen zu lesen, die genau dies zu ihrem Kernanliegen machen: Solidarität, Frieden und Gerechtigkeit weltweit. Es ist bereichernd zu erfahren, was sich in der Evangelischen Kirche von Westfalen und im Bistum Münster bewegt und mit welch großer Leidenschaft Menschen ihre weltkirchlichen Anliegen verfolgen. Schön, dass wir manche dieser Anliegen zukünftig gemeinsam in den Blick nehmen können!

Ich freue mich nicht nur sehr auf ein vielseitiges, spannendes und wichtiges Arbeitsfeld, sondern auch, dass ich dank einer zweimonatigen Übergangszeit noch viel von Ulrich Jost-Blome lernen werde, der mit seinem unermüdlichen Einsatz Großes für weltkirchliches Engagement im und außerhalb des Bistums Münster geleistet hat und der auch diesen Infodienst über Jahre mit Sorgfalt, Freude und seinem gewohnten Gespür für eine große Bandbreite an Themen verantwortet hat.

In Bezug auf Sie, liebe Leserinnen und Leser, freue ich mich auf die Zusammenarbeit, das voneinander Lesen und Lernen, auf den Austausch und auf persönliche Begegnungen.

Herzliche Grüße

Judith Wüllhorst

Osteuropäische Werkvertragsarbeiter zahlen mit menschenunwürdigen Bedingungen hohen Preis

Billig! Billig! Billig!

Osteuropäische Werkvertragsarbeiter sind uns meist nicht persönlich bekannt: Sie leben unter uns und sind doch Bürgerinnen und Bürger einer dunklen Parallelwelt, eine große anonyme Gruppe, eine „Geisterarmee“: Arbeitskräfte ohne Gesicht, ohne Namen und Geschichte. So werden sie ohne Aufsehen und ohne schlechtes Gewissen ausgebeutet, betrogen und gedemütigt.

Werkverträge und Leiharbeit sind in der Fleischindustrie, aber auch in der Logistik (Paketzusteller, LKW-Fahrer, Busfahrer ...) und anderen Branchen das Mittel, um Arbeitskräfte wie Verschleißmaterial behandeln zu können. Aufgrund der langen Arbeitszeiten sind die Betroffenen über Jahre hin nicht in der Lage, Sprachkurse oder Integrationsangebote wahrzunehmen. So sprechen viele kaum Deutsch. Rund um die Uhr haben sie bereit zu stehen, Arbeit wird häufig kurzfristig per SMS befohlen, Mehrarbeit ist der Regelfall. Die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in den Orten ist praktisch unmöglich. Eine Integration der Arbeiter und jetzt verstärkt auch ihrer Familien, kann so kaum stattfinden. Parallelwelten sind entstanden. Arbeitsmigranten hausen – zum Teil mit Kindern – in verschimmelten und überbelegten Bruchbuden. Alteingesessene Bürger zocken sie dafür mit Wuchermieten ab.

Ein Sumpf von kriminellen Subunternehmern und dubiosen Leiharbeitsfirmen wird genutzt, um Lohnkosten zu drücken und Unternehmer-Verantwortung abzuwälzen. Das erste Wort, das sie in unserer Sprache lernen, ist „Schneller!“ Ärzte wie mein Bruder berichten sehr eindrücklich, was das mit Frauen und Männern macht, wenn sie sechs Tage in der Woche, zwölf Stunden am Tag bei minus 18 Grad arbeiten oder immer den gleichen Schnitt durch einen Tierkörper machen oder 30kg-Kisten schleppen. Zur körperlichen Belastung kommt die psychische: Die Demütigungen, die Angst und die ständige Sorge, wie es morgen weitergeht. Menschen werden zu Krüppeln geschunden, dann aussortiert und ersetzt – mitten unter uns!

„Billig! Billig! Billig!“ hat einen hohen Preis. Den Preis für die billigen Lebensmittel bezahlen die Landwirte mit ihrer Existenz, die Rumänen und Bulgaren mit ihrer Gesundheit und die Natur mit der Artenvielfalt und dem ökologischen Gleichgewicht.

Was ist uns gute Arbeit wert? Was ist uns Gerechtigkeit wert? Wie können wir verhindern, dass Wertvolles unter Preis verschleudert wird auf Kosten der Armen? Braucht es ein Gütesigel „Faire Arbeit“?

Die Arbeitsmigrantinnen und -migranten sind in der Mehrzahl keine Saisonkräfte. Sie leben dauerhaft hier. Zunehmend mit ihren Familien. Zu einer gelingenden Integration in unsere Gesellschaft sind Wohnungen nötig (sozialer Wohnungsbau!), Sprachkurse, Behördenkontakte, informelle Treffpunkte, Ausbildungsplätze, Zugang zu Sportvereinen und anderen Freizeitaktivitäten ... – Die Migranten brauchen all das so dringend und finden bisher nicht den Weg dorthin.

Was ist zu tun, um die Missstände abzustellen?

1. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort!
2. Ortsnahe, unabhängige, kostenlose muttersprachliche Rechtsberatung – bis vor Gericht!
3. Sprachkurse und verstärkte Angebote der Integration!
4. Eine Arbeitskontrollbehörde, die Gesetze durchsetzen kann!
5. Menschenwürdige Wohnungen für die Arbeitsmigranten zu fairen Mieten!
6. Zurück zur Stammbelegschaft! Den kriminellen Sumpf des Menschenhandels austrocknen!

Pfarrer Peter Kossen
Katholische Kirchengemeinde
Seliger Niels Stensen, Lengerich

Entwicklungspolitische Lehren nach Corona-Ausbruch bei Tönnies

Das System Billigfleisch überwinden!

Der massive Corona-Ausbruch bei Tönnies hat gezeigt, dass das System Billigfleisch beendet werden muss. Zu viel liegt seit Jahren im Argen. Der moralische und ethische Preis für das Billigfleisch ist am Ende zu hoch für uns alle. Dieses System Billigfleisch bringt viele Probleme mit sich, beispielsweise Höfesterben und weiter zunehmende Konzentration in der Landwirtschaft, mangelndes/nicht vorhandenes Tierwohl, Verschmutzung des Grundwassers, ausbeuterische Arbeitsbedingungen in Schlachthöfen, Infektions-Hotspots, die eine ganze Region lahmlegen können wie im Frühsommer den Kreis Gütersloh.

Hinzu kommen entwicklungspolitische Probleme, auf die im Folgenden besonders eingegangen werden soll.
Weltweit werden jährlich Millionen Schweine geschlachtet - ein Fünftel davon in der EU. Deutschland ist der größte Schweinefleischproduzent in der EU (5,2 Mio. Tonnen im Jahr 2019). Dies liegt auch daran, dass in den vergangenen Jahren die Produktion enorm gesteigert wurde. Die Ställe wurden größer, die Konzentration der Schlachthöfe nahm zu. Allein Tönnies hat in Deutschland einen Marktanteil von etwa 30 Prozent. Dabei mussten immer mehr landwirtschaftliche Betriebe und kleine Schlachtereien schließen. Obwohl in Deutschland wie auch der EU die Produktion steigt, sinkt die Nachfrage. Es wird weniger Fleisch gegessen. Das hießt, wir produzieren mehr, als wir essen. Der Selbstversorgungsgrad mit Schweinefleisch liegt derzeit bei 120 Prozent. Dadurch schwellen die Überschüsse an. Die Lösung für das Problem wird im Export gesehen. Deutschland ist nach Spanien der größte Schweinefleisch-Exporteur der EU. Um Absatzmärkte zu gewinnen und den Export zu sichern, wird die EU-Handelspolitik so ausgerichtet, dass andere Länder ihre Märkte für europäisches Schweinefleisch öffnen müssen.
Dabei rückten auch Entwicklungsländer in den Fokus der deutschen und europäischen Fleischexporte. Der Absatz nach Subsahara-Afrika wurde gesteigert, vor allem nach Südafrika, Angola, Kongo und Côte d'Ivoire. Diese Exporte wurden durch Handelsabkommen zwischen der EU und einzelnen Staatenverbünden Afrikas abgesichert, die sogenannten EPAs. Im März 2020 hat die EU – weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit – mit Vietnam ein Handelsabkommen abgeschlossen. Das sichert einen großen Absatzmarkt in den nächsten Jahren auf Kosten der Millionen Schweine-Mästerinnen und -Mäster in Vietnam. Ein anderes, immer wichtiger werdendes Absatzland sind die Philippinen; auch dorthin steigen die Exporte. Religiöse Tabus bewahren Länder mit einem hohen Anteil an muslimischen Gläubigen wie beispielsweise Indonesien und Indien. Diese sollen aber ihre Geflügel- oder Rindfleischmärkte für EU-Einfuhren öffnen. Insbesondere wenn eher niedrigpreisige Schlachtnebenerzeugnisse wie Schweineschnauzen, Bäuche, Speck auf den Märkten in Entwicklungsländern landen, können dortige Schweinezüchter kaum mit den Billigpreisen konkurrieren.

Ohne die ausbeuterische Arbeit in Schlachthöfen wie Tönnies wäre es nicht möglich, dass Deutschland und die EU die weltgrößten Exporteure besonders von Schweine- und Geflügelfleisch wären. Das heißt, wenn Ar-

beiterinnen und Arbeiter in den Schlachthöfen angemessene Löhne erhielten – so wie beispielsweise in Frankreich oder Dänemark – würde dies Billigexporte in arme Länder verhindern. Alternativ könnten hochwertige Fleischprodukte in Schwellen- und Industrieländer exportiert werden.
Eine weitere Säule des System Billigfleischs und Kostendrücker sind billige Futtermittel, in Form von Sojaimporten. Der wichtigste Eiweißlieferant für die Schweinefütterung ist zurzeit Sojaschrot, gefolgt von Raps. Soja wird hauptsächlich importiert. Für die Importe nach Deutschland werden außerhalb der EU zwei Millionen Hektar an Flächen benötigt. Dort wächst meist gentechnisch veränderte Soja. Jede zweite importierte Sojabohne kommt aus Brasilien. Daneben sind andere südamerikanische Länder wie Paraguay, Uruguay und Argentinien wichtige Sojaproduzenten. In diesen Ländern konkurrieren die Flächen für den Sojaanbau direkt mit dem Anbau von Nahrungsmitteln für die Menschen, die dort leben. Zudem heizt der Anbau von Soja den Klimawandel an, lässt Regenwälder und Artenvielfalt verschwinden und vergiftet aufgrund des hohen Pestizid- und Düngemitteleinsatz Boden und Wasser, mit schweren gesundheitlichen Folgen für Mensch und Tier.

Auch hier spielen – wie bereits beim Export des Billigfleischs – Handelsabkommen wieder eine wichtige Rolle. Das Handelsabkommen der EU mit dem südamerikanischen Staatenverbund Mercosur (Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay) zielt darauf, mehr billiges Soja in die EU einzuführen. Dies führt unweigerlich dazu, dass noch mehr Wald in Südamerika gerodet wird. Brasiliens Präsident Bolsonaro ist bereits „tatkräftig“ dabei und nimmt weder Rücksicht auf das Klima noch auf die indigene Bevölkerung. 2019 ging Wald in einem Gebiet von der Größe des Libanons oder etwa der achtfachen Größe von Rio de Janeiro verloren, ein Drittel mehr als 2018. Argentinien hat zwischen 1990 und 2015 ein Fünftel seiner Wälder verloren und Paraguay weist regelmäßig die höchsten Entwaldungsraten der Welt auf. Der Schaden für das Weltklima und die Artenvielfalt sind nicht zu beziffern. Das Handelsabkommen soll demnächst auch von Deutschland ratifiziert werden. Doch es regt sich Widerstand, weil deutlich wird, dass der Schaden für alle einfach zu hoch ist . Denn neben billigeren Soja soll auch billiges Rindfleisch aus den Ländern eingeführt werden können. Dies treibt die Preise weiter nach unten – und verstärkt das System Billigfleisch. Dazu darf es nicht kommen!

Das System Billigfleisch ist zu komplex, als dass es mit einer einzigen Maßnahme überwunden werden könnte. Wenn die Politik aber an vielen Stellen umsteuert, wird dieses System so nicht mehr existieren können. Maßnahmen auf dem Weg zu einem anderen nachhaltigen System sind beispeilsweise vernünftige Löhne und Festanstellungen für die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Schlachthöfen; Tierwohlstandards in den Ställen; Handelsabkommen, die sich auch an Klimaschutz und Menschenrechten orientieren; eine EU-Agrarpolitik, die eine nachhaltige Landwirtschaft unterstützt.
Und natürlich sind auch wir gefragt – indem wir, wenn wir Fleisch kaufen, Wert darauf legen, dass es nicht auf Kosten von Menschen, Tieren und Umwelt erzeugt wurde.

Katja Breyer, Kirsten Potz
im Amt für MÖWe

Projekt „Die Zukunft des Eine-Welt-Engagements in NRW“

Erfahrungen, Impulse und Perspektiven weiterhin gefragt

Vor acht Monaten hat das Projekt „Die Zukunft des Eine-Welt-Engagements in Nordrhein-Westfalen“ des Eine Welt Netz NRW begonnen. Trotz einiger Umstellungen durch die globale Corona-Pandemie wurde mit viel Tatendrang am Projekt gearbeitet. Was bisher geschah:
48 Telefoninterviews und vier Fokusgruppengespräche mit insgesamt 30 Teilnehmenden wurden bereits organisiert, zwei Umfragen wurden online gestellt und von bereits 400 Engagierten ausgefüllt. Durch die verschiedenen Erhebungsmethoden konnten bereits interessante Einblicke in die Herausforderungen und Wünsche von Engagierten geworfen werden.
Doch für aussagekräftige Ergebnisse braucht es viele Menschen, die sich aktiv beteiligen und ihre Erfahrungen, Impulse und Perspektiven einbringen. Deshalb möchten wir dazu einladen, auch an unserer zweiten Umfrage teilzunehmen! (Ehrenamtlich) Engagierte aus Weltläden, Vereinen, Organisationen, Stiftungen, Arbeitskreisen, Ortsverbänden, Bildungseinrichtungen, Initiativen, Bündnissen und anderen Institutionen, die sich in NRW mit Eine-Welt-Themen beschäftigen, können an unserem zweiten Fragebogen mitwirken. Die Angaben zu Arbeitsstrukturen, Herausforderungen, Zielgruppen und Wünschen sind von besonderer Bedeutung für unsere Arbeit.

Das Projekt „Die Zukunft des Eine-Welt-Engagements in Nordrhein-Westfalen“ wird übrigens gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung, Brot für die Welt und Misereor mit wichtiger Unterstützung durch die NRW-Bank.
Ziel des Projekts ist es, bis 2021 strategische Weiterentwicklungsansätze für das Eine Welt-Engagement zu identifizieren.

Online-Umfrage
www.surveymonkey.de/r/ZukunftEineWelt

Kontakt
Svenja Bachran
svenja.bachran@
eine-welt-netz-nrw.de
Fon 0251 284669-07

Politische Debatte um verbindliche Unternehmensverantwortung

„Heißer Herbst“ für ein Lieferkettengesetz

Die Ergebnisse waren eindeutig: Eine zweite und abschließende Befragung großer Unternehmen im Auftrag der Bundesregierung in diesem Jahr ergab, dass nur 13 bis 17 Prozent von ihnen umfassend die Menschenrechte in ihren Lieferketten achten. Mit dem Ergebnis war auch der letzte Beweis erbracht, dass Unternehmen freiwillig nicht genug tun, um menschenrechtlichen Problemen wie Kinderarbeit auf Plantagen, Gesundheitsgefahren und Zwangsarbeit in Fabriken oder der Zerstörung von Lebensgrundlagen im Bergbau zu begegnen.

Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung sieht für diesen Fall ein Lieferkettengesetz vor, das Unternehmen gesetzlich zur Achtung von Menschenrechten und Umweltstandards in ihrem Auslandgeschäft verpflichtet. Entwicklungsminister Müller und Arbeitsminister Heil, die in der Bundesregierung für eine solche Regelung eintreten, verkündeten nach Bekanntgabe der Umfrageergebnisse im Juli 2020, dass sie nun Eckpunkte für ein solches Gesetz im Bundeskabinett abstimmen wollen und anschließend einen Gesetzesentwurf vorlegen. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel, die bislang auf das Prinzip freiwilliger Unternehmensverantwortung setzte, unterstützt diesen Prozess.

Das ist ein großer Erfolg für die Initiative Lieferkettengesetz, dem Bündnis aus über 100 Organisationen aus umwelt- und entwicklungspolitischer Zivilgesellschaft, Kirche und Gewerkschaften, das seit nun einem Jahr gemeinsam für einen gesetzlichen Rahmen streitet. Mehr als 222.222 Menschen haben die an Merkel gerichtete Petition des Bündnisses unterzeichnet.

Ob nun ein Lieferkettengesetz kommt und wenn ja, ob seine Inhalte stark genug sein werden, um tatsächlich Wirkung zu entfalten, bleibt dennoch unsicher. Denn das Wirtschaftsministerium als starker Gegner des Gesetzes wird alles daransetzen, das Gesetz zu verhindern bzw. seine Inhalte abzuschwächen. Ab welcher Größe werden Unternehmen zum Handeln verpflichtet? Wird das Gesetz Menschenrechte und Umweltbelange gleichermaßen berücksichtigen? Werden Betroffene die Möglichkeiten haben, gegen ein Unternehmen in Deutschland zu klagen, wenn ein Schaden durch angemessene Vorsorgemaßnahmen hätte verhindert werden können?

Es wird ein „heißer Herbst“ in der politischen Debatte um ein Lieferkettengesetz. Und die Corona-Pandemie zeigt uns einmal mehr, wie sehr Transparenz und vertrauensvolle Lieferbeziehungen in unser aller Interesse liegen. Der Einsatz für einen gesetzlichen Rahmen ist wichtiger denn je.

Daher gibt es (zum Teil) neue Angebote zum Mitmachen:

E-Mail- und Postkartenaktion an Minister Altmaier

Fordern Sie mit einer E-Mail Minister Altmaier auf, seine Blockadehaltung aufzugeben (Mitmachen auf: www.lierferkettengesetz.de). Auch Aktionspostkarten mit derselben Botschaft sind bestellbar.

Aktiv mit Abstand

Die coronabedingten Kontaktbeschränkungen stellen das Engagement für ein Lieferkettengesetz vor Herausforderungen. Möglichkeiten des Aktiv-Werdens werden in einem neuen Info-Papier von SÜDWIND aufgezeigt (Download auf www.suedwind-institut.de/recht-und-gerechtigkeit), beispielswiese gibt es neue Schablonen für Sprühkreide-Aktionen zum Lieferkettengesetz.

Ausstellung „Schafft Recht und Gerechtigkeit“ – jetzt mit Bildungs-App

Zu den Themen der Ausstellung zum Lieferkettengesetz gibt es für die Bildungsarbeit ein neues digitales Quiz mit Hintergrundinformationen

(Infos zur Ausstellung und Quiz: tinyurl.com/AusstellungLKG)

Eva-Maria Reinwald
SÜDWIND e.V.

62. Aktion von Brot für die Welt

„Kindern Zukunft schenken“

Brot für die Welt setzt sich unter dem Motto „Kindern Zukunft schenken“ im 62. Aktionsjahr dafür ein, dass Eltern weltweit in der Lage sind, ihre Kinder zur Schule zu schicken statt zur Arbeit und ihnen damit Bildung und ein gutes Leben zu ermöglichen. Neben konkreten Projekten gegen Kinderarbeit unterstützt Brot für die Welt Familien dabei, ihre Ernährung und ihre Lebensgrundlagen zu sichern und so einen Weg aus der Armut zu finden. Außerdem ermöglichen es die Partner von Brot für die Welt, dass Mädchen und Jungen zur Schule gehen können und sie stärken die Rechte arbeitender Kinder.

Am Samstag, 28. November 2020, 18 bis 19.30 Uhr findet in der Martinikirche in Siegen die westfälische Eröffnung der 62. Aktion statt. Präses Annette Kurschus wird neben vielen anderen daran mitwirken.

Auf der philippinischen Insel Negros zum Beispiel schuften tausende Minderjährige auf Zuckerrohrplantagen: Sie pflanzen, jäten, helfen bei der Ernte, um ihre Eltern zu unterstützen. Quidan Kaisahan, eine Partnerorganisation von Brot für die Welt, hat sich zum Ziel gesetzt, dass diese Kinder wieder in die Schule gehen. Mit Aufklärungskampagnen und Workshops informieren die Mitarbeitenden die Menschen in der Region über Kinderrechte. Nachhilfe, Beratungsangebote und Fortbildungen in nachhaltiger Landwirtschaft für die Erwachsenen sollen dabei helfen.

In Sierra Leone geht mehr als die Hälfte aller Kinder einer Beschäftigung nach. Dort ermöglicht das Projekt Yoni Chiefdom 200 Kindern zwischen sechs und 13 Jahren den Schulbesuch und unterstützt ihre Eltern bei der nachhaltigen Landwirtschaft oder beim Aufbau eines Kleinunternehmens. In Paraguay setzt sich die Organisation Callescuela für die Rechte arbeitender Kinder ein. Ziel ist es, den Mädchen und Jungen über Bildung bessere Zukunftschancen zu eröffnen. Das von Brot für die Welt unterstützte Projekt will die Lebensumstände von rund 1.000 indigenen Kindern und Jugendlichen verbessern.

Brot für die Welt engagiert sich zudem gemeinsam mit vielen anderen für eine Politik, die ausbeuterische Kinderarbeit verhindert. Die „Initiative Lieferkettengesetz“ möchte beispielsweise erreichen, dass Unternehmen gesetzlich verpflichtet werden, Maßnahmen gegen ausbeuterische Kinderarbeit bei der Herstellung von Gütern und Waren zu ergreifen. Mit der Kampagne „100 Million“ werden weltweit Jugendliche aufgefordert, sich gegen Kinderarbeit einzusetzen.

Weltweit müssen 152 Millionen Kinder und Jugendliche arbeiten. Das ist fast jedes zehnte Kind im Alter zwischen fünf und 17 Jahren, so schätzt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO). Besonders Kinder aus armen Familien müssen häufig schon sehr früh arbeiten gehen und werden hierdurch ein leichtes Opfer für Ausbeutung. Die COVID-19-Pandemie und die daraus resultierende Krise für Wirtschaft und Arbeitsmarkt verschlimmern diese Situation noch.

Projektinformationen und Materialien für die Aktion „Kindern Zukunft schenken“
www.brot-fuer-die-welt.de/gemeinden

Informationen zur Kampagne „100 Million“ und „Initiative Lieferkettengesetz“
www.brot-fuer-die-welt.de/100million
beziehungsweise
www.lieferkettengesetz.de

Kontakt
Katja Breyer
katja.breyer@moewe-westfalen.de
Fon 0231 5409 73

Johanna Schäfer
johanna.schaefer@moewe-westfalen.de
Fon 0231 5409 76

Kampagne für Saubere Kleidung

Isabell Ullrich stellt sich vor

Die Kampagne für Saubere Kleidung (Clean Clothes Campaign, kurz: CCC) setzt sich seit vielen Jahren für gerechte Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie ein. Bisher wurde die Koordination der Kampagne von der Christlichen Initiative Romero (CIR) getragen. Seit dem 1. Juli 2020 ist diese Aufgabe in das Amt für MÖWe übergegangen, verbunden mit einem personellen Wechsel. Isabell Ullrich, die neue Koordinatorin der CCC und Mitarbeiterin im Amt für MÖWe stellt sich und ihre Arbeit vor. Auf dem Weg in die Stadt sehe ich am Bahnhof auf einem Infoscreen die Nachricht: „Entwicklungsminister Müller besucht Textilfabrik in Äthiopien." Draußen fällt mir eine kleine Boutique auf, die öko-faire Kleidung verkauft. Und selbst an den Konsumtempeln der großen Modeketten in der Fußgängerzone steht etwas von „Nachhaltigkeit" und „Sozial" an den Schaufenstern. Obgleich nicht überall wirklich öko-soziale Produktion drinsteckt, wo „nachhaltig" draufsteht, so ist zumindest das Wissen über die Produktionsbedingungen unserer Kleidung überall in der Öffentlichkeit angekommen – und das ist auch der Kampagne für Saubere Kleidung zu verdanken. Seit 1995 macht der deutsche Zweig der „Clean Clothes Campaign" auf die katastrophalen Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie aufmerksam, sodass heute selbst die Kundinnen und Kunden von H&M und Primark wissen können, wer den tatsächlichen Preis für ihre Kleidung bezahlt.

Deshalb bin ich ziemlich glücklich, seit Juli 2020 beim Amt für MÖWe der Evangelischen Kirche in Westfalen die Koordination der Kampagne für Saubere Kleidung zu übernehmen. Dabei trete ich in ziemlich große Fußstapfen: Die bisherige Koordinatorin Christiane Schnura hat die Kampagne mit ihren 24 Träger-Organisationen und elf ehrenamtlichen Regionalgruppen fast zwei Jahrzehnte geleitet und geht im September in den wohlverdienten Ruhestand. Ich heiße Isabell Ullrich und kenne die Kampagne aus meinen vergangenen fünf Berufsjahren bei einem ihrer Gründungsmitglieder, der Christlichen Initiative Romero in Münster. Ich freue mich, der Kampagne treu bleiben zu können und bin gerne Ansprechpartnerin für dieses Thema.

Gefördert wird die Koordination der Kampagne für Saubere Kleidung von Brot für die Welt, Misereor und der Stiftung Umwelt und Entwicklung des Landes NRW.

Für die Zukunft gilt es nun, den bisherigen Erfolgen der Kampagne in der Öffentlichkeitsarbeit und bei konkreten Fällen von Arbeitsrechtsverletzung in einzelnen Fabriken eine gesetzliche Verankerung der Arbeitsrechte entlang der gesamten Lieferkette folgen zu lassen. Denn für uns Käuferinnen und Käufer der Kleidung ist es schwer, überhaupt zu wissen, welche Label wirklich sozial gerecht wirtschaften und welche sich nur ein grünes Mäntelchen umgelegt haben, um ihre schmutzigen Geschäfte zu verdecken. Die eigentliche Frage ist doch: Warum haben wir im Laden überhaupt die Wahl zwischen fairer Kleidung und Mode, bei deren Produktion grundlegende Menschenrechte missachtet wurden –

Rechte, die jedem Menschen ausnahms- und bedingungslos zustehen? Alle Kleidung muss fair produziert werden – nach diesem Ziel werden wir weiter gemeinsam streben, in Kampagnen – wie derzeit der „Initiative Lieferkettengesetz“ – Aktionen und im Dialog mit den Unternehmen. Jede und jeder kann dieses Ziel unterstützen. So ist es möglich, sich als Einzelperson an unseren Aktionen und Petitionen zu beteiligen, zu Informationsveranstaltungen zu kommen oder einfach beim nächsten Einkauf nachzufragen, wie viel die Menschen dafür bekommen haben, die dieses Kleidungsstück produziert haben. Da Engagement gemeinsam aber immer noch mehr Spaß macht, gibt es schon in vielen Städten unsere Regionalgruppen. Wo genau, wie man sich ihnen anschließen kann, was es braucht, eine neue Gruppe zu gründen (nur zwei bis drei aktive Menschen) und welche kreativen Aktionen diese Gruppen schon auf die Straße gebracht haben, lesen Sie unter saubere-kleidung.de/aktiv-werden.

Kampagne für Saubere Kleidung

Clean Clothes Campaign Germany

Kontakt
Isabell Ullrich
koordination@saubere-kleidung.de
www.saubere-kleidung.de

3. Ökumenischer Kirchentag soll stattfinden

Sorgen und Ängste der Menschen im Mittelpunkt

„Schaut hin“ (Mk 6,38) – unter diesem biblischen Leitwort steht der 3. Ökumenische Kirchentag (ÖKT) 2021 in Frankfurt am Main. Er soll dort unter veränderten Bedingungen vom 16. bis 21. Mai stattfinden.

„‚Schaut hin' ist ein Appell – an uns alle", sagt die Präsidentin des ÖKT, Bettina Limperg. „Schauen ist mehr als sehen. Schauen nimmt wahr und geht nicht vorbei. Schauen bleibt stehen und übernimmt Verantwortung. Aktiv Verantwortung zu übernehmen, ist unser Auftrag als Christinnen und Christen."

In diesem Sinne will der Ökumenische Kirchentag auf die Sorgen und Ängste der Menschen schauen und mit ihnen gemeinsam nach Lösungen suchen, beispielsweise zu Fragen vom Umgang mit der Schöpfung, mit Macht und Verantwortung, zu Ökumene in Deutschland und weltweit.
Viele tausende Teilnehmende jeden Alters, unterschiedlicher Religionen und Herkunft werden dazu in Frankfurt am Main erwartet. „Wenn Sie mögen, gerne wieder mit Ihnen!“, hoffen die Veranstalter aus beiden großen Kirchen wieder auf große Beteiligung.

Informationen
www.oekt.de

erlassjahr.de
Entwicklung braucht Entschuldung

Schuldenerlass zur Bekämpfung der Corona-Pandemie

Jetzt weitere Schritte gehen!

Das Bündnis erlassjahr.de setzt sich seit vielen Jahren für Entschuldung ein, damit Entwicklung und Gerechtigkeit ermöglicht werden. So fordert es, dass den Lebensbedingungen der Menschen in den verschuldeten Ländern mehr Bedeutung beigemessen wird als den bestehenden Verpflichtungen zur Schuldenrückzahlung. Das Bündnis fordert deswegen auch in der Corona-Krise Schuldenerlasse für arme Länder. In dem Bündnis arbeiten 600 Mitträgerorganisationen aus Kirche, Politik und Zivilgesellschaft zusammen. Die Evangelische Kirche von Westfalen ist über das Amt für MÖWe im Bündnis erlassjahr.de vertreten, das Bistum Münster über die Fachstelle Weltkirche. Zudem sind einige Kirchenkreise und Kirchengemeinden Mitträger.

Mit Jürgen Kaiser, dem politischen Referenten des Bündnisses, sprach Klaus Göke, Regionalpfarrer im Amt für MÖWe.

Klaus Göke: Wir befinden uns mit der Corona-Pandemie in einer noch nie dagewesenen Situation. Diese hat nicht nur Folgen in den reichen Ländern, sondern auch negative Folgen für die armen und ärmeren Länder. Welche Einschätzung hat erlassjahr.de zum Thema Schulden und Schuldenerlass in dieser Krisenzeit?
Jürgen Kaiser: Wenn man auf die Fallzahlen schaut, sieht es auf den ersten Blick so aus, als wären die Länder im globalen Süden von der Pandemie weniger betroffen. Sie sind aber ungleich stärker betroffen von der

globalen Rezession, die durch die Corona-Pandemie ausgelöst worden ist. Der allgemeine Lockdown hat zum Rückgang der weltweiten Nachfrage geführt und damit zur Unterbrechung von Lieferketten. Er hat auch den weltweiten Tourismus zum Erliegen gebracht, von dem manche Länder, beispielsweise Thailand, Kenia, in ganz starkem Maße leben. Und das bedeutet, dass bei einem bereits sehr niedrigen Pro-Kopf-Einkommen eine große Zahl von Menschen in bittere Armut rutscht. Die Wanderarbeiter in Indien waren und sind beispielsweise massiv betroffen. So etwas haben wir in der weltweiten Dimension bisher noch nicht erlebt. Der Effekt durch die Rezession und das erliegende Wirtschaftsleben in vielen Bereichen ist gravierend.

Internationale Institutionen und Staatenbündnisse wie der Internationale Währungsfonds (IWF) und die G20 haben im April dieses Jahres Beschlüsse zu den bestehenden Schulden gefasst. Wie beurteilst Du diese?
Es waren die möglichen Beschlüsse im entscheidenden Moment. Es gab einen Schuldenerlass für die allerärmsten Länder durch den IWF, aber nur für die Forderungen, die der IWF selbst hat. Das bedeutet im Jahr 2020 für 28 Länder ein Schuldenerlass von ungefähr 200 Millionen Dollar. Das ist nicht viel im globalen Maßstab. Aber für die betroffenen Länder heißt es, dass sofort einige Millionen Dollar zur Bekämpfung der Pandemie in jedem Land zur Verfügung stehen. Und es war ein wirklicher Erlass! Die andere Maßnahme, die wichtiger und auch ein bisschen spektakulärer ist, ist das Moratorium, das die G20 und in deren Gefolge der gesamte Pariser Club beschlossen haben. Dieses Moratorium gilt für insgesamt 73 Länder – Länder, die aufgrund ihres niedrigen Pro-Kopf-Einkommens berechtigt sind, Kredite von der Weltbanktochter IDA zu bekommen und die am wenigsten entwickelt sind. Diese Länder haben das Angebot erhalten, 2020 keine Zahlungen mehr leisten zu müssen an alle Mitglieder der G20 und des Pariser Clubs. Das sind alle großen Industrieländer und die wichtigen Schwellenländer, zum Beispiel China. Das Moratorium läuft zunächst bis Ende des Jahres. 2021 soll nur der reguläre Schuldendienst laufen. Ab 2022 sollen dann die Beträge aus 2020 nachgezahlt werden.

Das heißt, den Ländern werden jetzt nicht die Schulden gestrichen oder ein Teil der Schulden erlassen, sondern es wird der Schuldendienst unterbrochen und soll dann wieder aufgenommen werden.
Es handelt sich um eine Stundung. Dahinter steht der richtige Gedanke, dass wir jetzt finanzielle Mittel brauchen. Je früher man eine Pandemie bekämpft, umso weniger Schaden kann sie anrichten. Im Übrigen war das ein sehr spannender Prozess. Beim G20-Finanzministertreffen Mitte April war es ziemlich schwierig, die großen Schwellenländer mit an Bord zu holen, vor allem China als größten Gläubiger. Alle, die sich daran beteiligen, wissen natürlich, dass nicht am 1. Januar 2021 schlagartig die Zahlungsfähigkeit der ärmsten Länder wiederhergestellt wird. Aus diesem Grund ist ausdrücklich die Option offengehalten, das Moratorium zu verlängern. Und es ist unvermeidlich, die Schuldentragfähigkeit in der zweiten Jahreshälfte 2020 nochmal zu überprüfen und zu sehen, ob aus dem Moratorium nicht doch ein echter Schuldenerlass werden muss. Wir wollen jetzt zum einen daraufhin arbeiten, dass aus dem Moratorium ein echter Erlass wird. Und zum anderen wollen wir auf die wichtigen Schuldner-Länder schauen, die jetzt außen vor geblieben sind.

Denn die Begrenzung auf die ärmsten Länder hat zu ziemlich absurden Situationen geführt. In Mittelamerika beispielsweise haben Nicaragua und Honduras das Moratorium bekommen, aber nicht Costa Rica und El Salvador, die mindestens genauso kritisch verschuldet sind.

erlassjahr.de hat ja schon lange vor der jetzigen Krise vor neuen Schuldenkrisen gewarnt. Und ihr habt das verknüpft mit dem Thema Klimawandel und dazu auch eine Kampagne initiiert. Kannst Du diesen Zusammenhang darlegen?
Es ist so ähnlich wie bei Covid-19. Eine Reihe von betroffenen Ländern geraten aufgrund der Klimakrise in eine schwierige Situation. Beim Klimawandel kommt noch hinzu, dass er eine politisch-moralische Seite hat, weil diejenigen, die die Folgen ausbaden müssen, in der Regel nicht die sind, die den Klimawandel hauptverantwortlich ausgelöst haben. Gleichzeitig sind aber die Länder, die den Klimawandel hauptsächlich verursachen, häufig die Gläubiger der Länder, die unter seinen Folgen am meisten leiden müssen. Da hat es dann für viele nahe gelegen zu fragen, ob es nicht angemessen wäre, Schulden zu streichen. Wir haben uns mit der Frage intensiv beschäftigt und sind dann zu dem Ergebnis gekommen, dass es sehr schwierig ist, die Frage des Klimawandels zwischen individuellem Schuldner und individuellem Gläubiger genau aufzurechnen. Es gibt in der internationalen Klimadebatte aber eine Ausnahme: neben den Themen „Vermeidung“ und „Anpassung“ wird auch das Thema „loss and damage“ diskutiert. Dabei geht es um „vorübergehende Schäden und dauerhafte Verluste“, die durch die Folgen des Klimawandels, beispielsweise Orkane, Fluten, entstehen können. Um diese Schäden auszugleichen – dafür kann der Schuldenerlass ein Instrument sein. Wenn ein Land in einer bestimmten Situation, zum Beispiel Verwüstungen durch einen Wirbelsturm, konkret betroffen ist, dann kann es ein sehr wirksames Instrument sein, dafür zu sorgen, dass das Geld, was im Moment im Lande ist, auch im Land bleibt. Wir haben vorgeschlagen, dass es dafür ein zweistufiges Verfahren geben soll. Nämlich zuerst ein Moratorium, welches direkt nach der Naturkatastrophe ausgesprochen wird. Dies schafft den Spielraum dafür, dass man dann – in einer zweiten Stufe – in einem kohärenten und rechtsstaatlichen Verfahren eine Neubewertung der Schuldentragfähigkeit des Landes vornimmt und gegebenenfalls auch eine entsprechende Umschuldung oder Schuldenreduzierung aushandelt. Das ist der Vorschlag, den wir von erlassjahr.de mit vielen anderen Initiativen und Organisationen vertreten, die zur Verschuldungsthematik beziehungsweise zu Klimagerechtigkeit arbeiten.

Vielen Dank für das informative Gespräch!

Infos
www.erlassjahr.de
Fon 0211 4693 196
buero@erlassjahr.de

Urban Art Kampagne des Eine Welt Netz NRW beendet

Die Welt von morgen wächst vor Ort

Seit dem 1. Januar 2016 sind die von den Vereinten Nationen beschlossenen 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) in Kraft. Mit der Urban Art Kampagne „Weltbaustellen NRW“ hat das Eine Welt Netz NRW die Agenda 2030 mit vielen Menschen in insgesamt 29 Städten und Kommunen in NRW diskutiert und versucht, die oft als abstrakt wahrgenommenen Ziele in den Alltag der Menschen in NRW zu übersetzen. Mittel war dabei das Zusammenspiel von Kunst im öffentlichen Raum und fachlichem Diskurs. Mit Erfolg: Tausende Menschen haben an der Kampagne teilgenommen und an ganz besonderen Lernorten aktuelle Fragen diskutiert, rund um hochwertige Bildung, Gleichberechtigung der Geschlechter, Menschenwürdige Arbeit und (gemeinwohlorientiertes) Wirtschaftswachstum und vieles mehr.

Wandbilder, Installationen und Performances schafften im öffentlichen Raum Aufmerksamkeit und setzen sichtbare Zeichen für Veränderung. Begleitende Angebote luden zur kritischen Auseinandersetzung und zum Austausch ein. Die Partnerinnen und Partner waren lokale Eine Welt-Initiativen, Bündnisse, Kommunen und Vereine, die die Aktionen vor Ort unterstützen und das inhaltliche Rahmenprogramm mit organisieren.

Auch in Corona-Zeiten haben sich das Kampagnenteam und alle lokalen Kooperationspartnerinnen und -partner für die SDG stark gemacht. Statt im März 2020 das Handtuch zu werfen, pausierte die Kampagne dank der Flexibilität aller Beteiligten und wurde auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, sodass im Juli die geplanten Weltbaustellen trotz bekannter Herausforderungen für den verbleibenden Zeitraum bis Ende Oktober 2020 umgesetzt werden konnten.

Die zentrale Idee der Agenda, die von den Vereinten Nationen vor fünf Jahren in New York verabschiedet wurde, lautet „leave no one behind“. Die aktuelle Krisensituation bot daher für die Kampagne auch das Potenzial, Menschen durch die eigene Betroffenheit neue Perspektiven auf das Leben andernorts zu eröffnen und die globale Perspektive sowie den Anspruch der Gesamtagenda zu transportieren. Beispielsweise wurde in den beiden aktuellen Weltbaustellen in Altenessen und Oberhausen in spannenden und vielseitigen Veranstaltungen und Aktionen erneut die Möglichkeit geschaffen, eigene Bezüge zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung zu entdecken, das eigene Engagement in Richtung (globale) Nachhaltigkeit auszuweiten und neue Perspektiven einzunehmen. Neben Veranstaltungen vor Ort fanden nun auch online Begegnungen statt, um allen Interessierten die Teilhabe und Mitgestaltung im Rahmen der Weltbaustellen zu ermöglichen.

Die Kampagne Weltbaustellen NRW bot mehr als vier Jahre eine kreative und politische Plattform, sich in der Öffentlichkeit zu den SDG zu positionieren, kreativ zu werden, persönlich Verantwortung für das eigene Handeln vor dem Hintergrund globaler Auswirkungen zu übernehmen und im kleinen wie großem Kreis aktiv zu werden.

Lina Dybowski
Eine Welt Netz NRW
Leiterin des Projektes
„Weltbaustellen NRW“
lina.dybowski@
eine-welt-netz-nrw.de

Die Ukraine sechs Jahre nach der Majdan-Revolution

„Vergessener“ Krieg in Europa

Alles begann im November 2013 auf dem Unabhängigkeitsplatz „Majdan“ in Kyiv (Kiew). Die damalige pro-russische Regierung der Ukraine lehnte die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU ab. Diese Entwicklung verursachte gewaltige Auseinandersetzungen zwischen der Bevölkerung und den Regierungstruppen. Kurz darauf kam es in der Ukraine zum Machtwechsel. Viele Menschen hatten Hoffnungen auf eine bessere Zukunft. Doch zum wiederholten Mal musste das ukrainische Volk für die Freiheit und Demokratie in seinem Land einen hohen Preis bezahlen. Die Ereignisse vom Majdan waren erst der Anfang der bis heute anhaltenden Krise in der Ukraine.

Das Nachbarland Russland nutzte die unsichere Situation der Ukraine aus und begann durch Verschiebung der Grenzen seine Destabilisierungspolitik. Zunächst wurde völkerrechtswidrig die Halbinsel Krym annektiert, kurz danach begann der Krieg im Osten des Landes, der sich bis heute hinzieht.

Immer seltener wird in den westlichen Medien über die kritische Situation an der Ostfront berichtet. Nur wenige Menschen hier möchten sich damit auseinandersetzen. Dennoch hat dieser Krieg, der mitten in Europa stattfindet, bisher mehr als 13.000 Menschenleben gefordert. Weiterhin sterben täglich junge Soldaten an der Front. Der Konflikt hat bereits 2,8 Millionen Menschen zur Flucht gezwungen, rund 1,6 Millionen von denen haben als Binnenflüchtlinge in der Ukraine Zuflucht gesucht. Es gibt kaum Alternativen, weil ihre Häuser in der Heimat zerstört sind und sie bei Rückkehr keinen Anspruch auf soziale Leistungen haben. Insgesamt sind in der Ukraine aktuell etwa 3,4 Millionen Menschen durch diese schwierige Lage auf die Hilfe angewiesen.

Die Ukraine steht vor enormen Herausforderungen. Zum einen sind das vom Krieg betroffene Menschen wie Binnenflüchtlinge, die ihr Leben neu aufbauen müssen und auf die Unterstützung von Staat und Gesellschaft angewiesen sind. Zum anderen sind das die Soldaten, die aus dem Krieg nach Hause kommen und in das „normale“ Leben zurückfinden müssen. Oder es sind auch Frauen und Kinder, die den Hauptverdiener der Familie im Krieg verloren haben und mit ihrem Verlust weiterleben müssen. Außerdem befinden sich viele Menschen immer noch in der Pufferzone unter ständigem Beschuss.

Hinzu kommt die instabile politische und wirtschaftliche Lage in der Ukraine, die viele Menschen antreibt, auf der Suche nach besser bezahlter Arbeit das Land zu verlassen und in benachbarten Ländern wie Polen, Lettland, Litauen, Ungarn oder Tschechien als Arbeitsmigranten sich anzusiedeln. Die massenhafte Arbeitsauswanderung bringt neue Probleme mit sich: fehlende Arbeitskräfte innerhalb der Ukraine, zurückgelassene Kinder oder ältere Menschen.

Weder der Staat noch die Gesellschaft waren auf diese Situation im Land vorbereitet. Dennoch haben die Ukrainer mit der Zeit gelernt, mit dem Krieg zu leben. Viel Arbeit wurde anfangs von Freiwilligen und Volontären geleistet, die sich recht schnell mobilisierten und am Anfang sowohl die ukrainische Armee als auch die Menschen in den Kriegsgebieten unterstützten. Die Hilfsorganisationen wie beispielsweise Caritas mussten ihre Arbeit neu ausrichten und neue Prioritäten setzen. Viele Projekte laufen heutzutage parallel. Es wird konkrete Hilfe für die Menschen geleistet, die an den Rand der Gesellschaft geraten sind, wie die Alten, die Kranken oder die Jugendlichen. Es werden Konzepte für die Bekämpfung der Armut in der Ukraine umgesetzt und verschiedene soziale Projekte durchgeführt. Einer der größten Bereiche, in denen heute viel Arbeit

investiert wird, ist dennoch die Hilfe für die Kriegsopfer. Die Caritas-Mitarbeiter gehen in die Ortschaften entlang der Frontlinie und unterstützen die traumatisierten Kinder in den Schulen oder leisten konkrete humanitäre Hilfe, um den Basisbedarf der Menschen dort zu decken.
In dieser ohnehin schwierigen Lage ist Covid-19 für die Ukraine eine zusätzliche Belastung. Durch die erschwerten Bedingungen, wie beispielsweise Reiseeinschränkungen innerhalb des Landes, lässt sich die humanitäre Hilfe nur schwer verwirklichen. Auch die Zahl der bedürftigen Menschen, die aufgrund der Corona-Krise ohne Einkommen geblieben sind, ist im ganzen Land enorm gestiegen.
Die Ukraine befindet sich in einer Art Schwebezustand: Die Zukunft ist ungewiss, keiner weiß wohin es gehen wird. Ein im Westen nahezu „vergessener" Krieg hört nicht auf und der ersehnte Frieden ist nicht in Sicht. Trotz mancher Fortschritte ist die Stimmung im Land eher skeptisch. Ob die Ukraine in der Lage ist, unter der Regierung des neugewählten Präsidenten Wolodymyr Selenskyj aus dem Krisenzustand heraus zu kommen, bleibt noch völlig offen.

Mariya Sharko
Bischöfliches Generalvikariat Münster
Osteuropa-Expertin
in der Stabsstelle Verwaltung
sharko@bistum-muenster.de

Pionierin der ethisch-nachhaltigen Geldanlage

Oikocredit – auch in der Pandemie solidarisch

Die Corona-Pandemie stellt Oikocredit – wie viele andere Organisationen und Gemeinschaften weltweit – vor neue Herausforderungen. Schnell zeigte sich, wie wichtig Solidarität, das Grundprinzip der Genossenschaft, in Zeiten der Krise ist und dass solidarisches Handeln nicht an nationalen Grenzen enden darf. Oikocredit steht seit Beginn der Pandemie in noch engerem Austausch mit ihren Partnern, um sie bestmöglich zu unterstützen und durch die Krise zu begleiten. Mittel aus einem eigens eingerichteten Coronavirus-Solidaritätsfonds helfen Partnerorganisationen dabei, die zusätzlich durch Corona entstandenen Kosten zu bewältigen und auch ihre Kundinnen und Kunden dabei zu unterstützen, ihren Lebensunterhalt unter Corona-Bedingungen weiter bestreiten zu können.
Als Pionierin im ethisch-nachhaltigen Investment bietet die internationale Entwicklungsgenossenschaft Oikocredit schon seit 1975 Anlegerinnen und Anlegern die Möglichkeit, mit ihrem Kapital einen positiven sozialen Wandel in Ländern des globalen Südens anzustoßen. In partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit rund 700 Organisationen in Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas vergibt Oikocredit Kredite und Kapitalbeteiligungen und unterstützt damit wirtschaftlich benachteiligte Menschen und Gemeinschaften. Rund eine Milliarde Euro investiert die Genossenschaft derzeit in Partnerorganisationen weltweit – schwerpunktmäßig in den Bereichen finanzielle Inklusion, Landwirtschaft und fairer Handel sowie erneuerbare Energien.
Seit dem 15. Oktober läuft der Film Oeconomia mit anschließendem Interview mit der Regisseurin Carmen Losmann in neun Städten (so ist es jedenfalls vor Redaktionsschluss des Infodienstes geplant). Anliegen des Films ist es, die Spielregeln des Kapitalismus offenzulegen und deutlich zu machen, dass die Wirtschaft nur dann wächst, wenn Akteure sich verschulden, dass sie nur dann boomt, wenn sich Vermögen an bestimmten Orten konzentriert. Der Film feierte übrigens auf der Berlinale 2020 Premiere und wurde von der Kritik hoch gelobt.

Veranstaltungen
Mülheim, Ladenkirche, 30. Oktober 2020, 18 Uhr: Nachhaltige Geldanlage und Oikocredit, mit Jens Elmer
Halle, 17. und 18. November 2020: Infostand auf der Landessynode der Evangelischen Kirche von Westfalen,
Münster, VHS, 23. November 2020, 19 Uhr: Ethische Geldanlage – Kriterien und Beispiele

Informationen
www.westdeutsch.oikocredit.de/aktuelles/veranstaltungen.

Kontakt
Oikocredit
Jens Elmer
jelmer@oikocredit.de
Fon 0179 559 25 98

Fairer Handel in Zeiten von Corona

Kreative Ideen sind gefragt!

Corona hat nicht nur Deutschland und Europa vor große Herausforderungen gestellt. Existentiell gefährdet sind die Produzentinnen und Produzenten und Handelspartner fairer Produkte in Afrika, Asien und Lateinamerika. Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Maßnahmen trafen diese Menschen mit voller Wucht und dramatischen Folgen. So behindern Ausgangssperren, Grenzschließungen, eingeschränkter Reiseverkehr den Transport von Waren. Beispielsweise Textilien konnten nicht ausgeliefert und Arbeitsmaterial nicht beschafft werden. Auch die Probleme im internationalen Transport (Schifffahrt, Flugverkehr) verringerten den Absatz von Fair-Handels-Produkten massiv. Die Handelspartner berichten davon, dass Werkstätten geschlossen werden mussten oder fertige Ware nicht ausgeliefert werden konnte. In Kapstadt/Südafrika musste beispielsweise die Werkstatt ISUNA schließen, in der normalerweise 13 Mitarbeitende farbenprächtige Tassen, Teller, Schüsseln und Vasen produzieren.

Deutlich weniger Verkäufe fair gehandelter Produkte in Europa, auch wegen geschlossener Läden, verstärkten das Problem. So fehlt den Produzentinnen und Produzenten schnell ihr lebensnotwendiges Einkommen und stürzten sie in Existenznöte. Denn gerade Kleinbäuerinnen und Kleinbauern haben meist keinerlei Rücklagen, um so eine Krise auch nur annähernd zu überstehen.

Um der Krise zu begegnen hat der Weltladendachverband mit etwa 30 Lieferanten die Aktion #fairsorgung“ gestartet – und so mit kreativen Ideen den Absatz von Fairtrade-Produkten befördert.

Ein weiterer Schritt war, dass mit der Aktion #fairwertsteuer Weltläden die verringerte Mehrwertsteuer nutzen, um finanziell ihre Handelspartner zu unterstützen. Die Weltläden zahlen die eingesparte Mehrwertsteuer in einen Fonds ein. Mit dem Geld werden besonders betroffene Handelspartner unterstützt.

Auch in Nordrhein-Westfalen wurden Gruppen aktiv und kreativ. Die Steuerungsgruppe Fairtrade-Town Lippstadt beispielsweise rief dazu auf, besonders in Zeiten der Corona-Beschränkungen beim Einkauf möglichst viele faire Produkte auszuwählen. Der Weltladen stellte dafür ein besonderes Angebot bereit: Per Telefon oder Mail konnten Produkte aus dem reichhaltigen Sortiment des Weltladens bestellt werden. Alle Bestellungen wurden umweltfreundlich und natürlich kostenfrei an die gewünschte Adresse in Lippstadt geliefert.

Und da die Krise den Blick für die wirtschaftliche und damit auch soziale Ungleichheit schärfte, nutzte der Weltladen Lippstadt die Gelegenheit, die Forderung nach einem Lieferkettengesetz zu bekräftigen. Ein mit den Plakaten der „Initiative Lieferkettengesetz“ geschmückter 2 CV lud am Weltladentag die Passantinnen und Passanten ein, ihr persönliches Statement für ein Lieferkettengesetz abzugeben.

Pfarrerin i.R. Margot Bell
Ehrenamtskoordinatorin Brot für die Welt im Amt für MÖWe

Weltläden in Zeiten der Corona

Hauptamtliche als Joker?

Die Pandemie hat auch auf den Fairen Handel gravierende Auswirkungen. Die meisten Weltläden hatten im März/April geschlossen. Viele haben immer noch nicht (Stand: Ende August) den Normalbetrieb erreicht, arbeiten weiterhin mit eingeschränkten Öffnungszeiten. Fairhandelsgruppen, die in kirchlichen Räumen untergebracht sind, können weiterhin nicht ihre regelmäßigen Verkaufszeiten anbieten. Das bringt die Gruppen zum Teil in größere Schwierigkeiten.

Kaum Veranstaltungen und wenige Gottesdienste bedeuten Umsatzrückgänge im Verkauf. Vorrätige Lebensmittel laufen ab und können nicht mehr zum regulären Preis verkauft werden. Für die abgelaufenen Lebensmittel müssen Abnehmer gefunden werden.

Dennoch: Wirtschaftlich gesehen kommen Weltläden und Gruppen glimpflich durch die Corona Krise. Nach einer Umfrage des Weltladen-Dachverbands schätzen knapp 90 Prozent der befragten Weltläden ihre Situation als leicht geschwächt oder geschwächt ein. Neun Prozent sagen, dass sie stark geschwächt sind und zwei Prozent sehen ihre Situation sogar als existenzbedrohend an.
Die personelle Situation bereitet eher Sorge. Hier sehen sich 30 Prozent der befragten Weltläden „sehr geschwächt“. Viele Engagierte gehören zur „Risikogruppe“ und konnten oder können keine Ladendienste übernehmen. Um den Ladenbetrieb aufrechtzuerhalten, denken einige Läden aber nun zumindest ernsthafter über die Beschäftigung von Hauptamtlichen nach.

Georg Knipping
Fairhandelsberater
Münsterland
beratung@fair-handel.de

#aktionfairwertsteuer als Zeichen weltweiter Solidarität

Steuern sparen – Handwerkergruppen unterstützen

Vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2020 gelten reduzierte Mehrwertsteuersätze. Die #aktionfairwertsteuer regt an, diese „Steuerersparnis“ Produzentengruppen des Fairen Handels zu Gute kommen zu lassen.
Und das geht so: Weltläden und Fairhandelsgruppen bekommen ihre Waren aufgrund der reduzierten Mehrwertsteuersätze von Juli bis Dezember günstiger im Einkauf. „Die Produzenten in Afrika, Asien und Lateinamerika sind besonders stark von den Auswirkungen der Corona-Krise betroffen. Viele von ihnen können wegen der Ausgangssperren derzeit nicht in ihren Werkstätten und auf den Feldern arbeiten, sie erhalten kein Material, fertig produzierte Ware kann teilweise nicht verschifft werden und der Verkauf im Inland ist zum Erliegen gekommen“, erläutert Steffen Weber, Geschäftsführer des Weltladen-Dachverbandes, der die Aktion zusammen mit der Fairhandelsberatung entwickelt hat.
Viele Weltläden geben die günstigeren Preise nicht an ihre Endkunden weiter, zumeist handelt es sich um Centbeträge. Diese Kleinbeträge können in der Summe aber natürlich Effekte erzielen. So hofft der Dachverband, dass sich viele Läden an dieser Aktion beteiligen. Das Geld soll bevorzugt an Handwerksgruppen ausgezahlt werden, die besonders unter dem Arbeitsmangel zu leiden haben. Schon im Oktober, so hofft der Dachverband, können die ersten Gelder an Produzentengruppen überwiesen werden.

Infos
www.fairwertsteuer.de

Fair, regional, saisonal, bio und nachhaltig lecker essen

Genießen in der Apotheke

Die Gruppe der Gastronomiebetriebe, die durch ihr Angebot dazu beiträgt, dass Lippstadt als Fairtrade-Town kürzlich zum 4. Mal rezertifiziert wurde, ist um eine Attraktion reicher. In dem Deli-Café „Die Apotheke“ in der früheren Einhorn-Apotheke stehen fairer Genuss und Nachhaltigkeit an erster Stelle. So ist das gesamte Angebot im Getränkebereich bio und fairtrade. Das Speisenangebot bietet darüber hinaus möglichst regionale und saisonale Köstlichkeiten. Im Sinne der Nachhaltigkeit gibt es keine Einzelverpackungen und keine Kunststoffverpackungen. Das spezialisierte Angebot ist so konzipiert, dass möglichst wenig weggeworfen werden muss. So wird der ökologische Fußabdruck klein gehalten.

Die Vertreterinnen der Steuerungsgruppe Fairtrade-Town Lippstadt, Roswitha Lauber und Margot Bell. freuten sich, dem Betreiber der Apotheke, Ralf Spiekermann, die Plakette „Lippstadt Fairtrade-Town – wir machen mit“ überreichen zu können. Als besonderes Geschenk hatten sie auch das von Brot für die Welt anlässlich des Kirchentages in Dortmund herausgegebene Kochbuch dabei, das mit vielen westfälischen Rezepten

Alternatives Bildungsangebot in Zeiten von Corona

BeWEGnung

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben, wie nahezu alle gesellschaftlich relevanten Arbeitsbereiche, auch das Referat Freiwilligendienste im Ausland der Fachstelle Weltkirche im Bistum Münster hart getroffen. Das Team der Referentinnen und Referenten hat in seiner über 20-jährigen Erfahrung im Bereich der Auslandsfreiwilligendienste viel erlebt – dass aber im März 30 junge Freiwillige in einer Rückholaktion aus ihren Einsatzländern geflogen werden mussten und für die neue Generation, die diesen Sommer hätte ausreisen sollen, der Traum vom freiwilligen Engagement in Ländern des globalen Südens erst einmal auf Eis gelegt ist, damit hätte niemand gerechnet. Die pädagogische Begleitung der Freiwilligen in der klassischen Seminarform war ebenfalls nicht möglich, sodass sich die Referentinnen und Referenten die Frage stellten, wie Begegnung, Austausch, Reflexion und eine inhaltliche Auseinandersetzung mit globalen Themen trotz Corona möglich sein kann. Dazu ließen sie sich ein alternatives Bildungsangebot einfallen: Sie luden die rückgekehrten und zukünftigen Freiwilligen zu einer sogenannten BeWEGnung ein, eine politische und persönliche Wanderung, die das Ziel hat, Menschen in der Natur zusammenzubringen, um im Gehen in den Austausch zu kommen.

Im Juni wanderten die beiden Freiwilligengruppen vom Waldfriedhof Lauheide aus zwischen Münster und Telgte 13 Kilometer zunächst über das Friedhofsgelände, dann durch Wald und über Wiesen entlang der Ems. Viel Zeit, viele Schritte, um sich mit dem Erlebten und der Zukunft auseinanderzusetzen. An verschiedenen Stationen bekamen die Freiwilligen die Möglichkeit, sich durch Impulse des Organisationsteams mit sich selbst und ihrer Situation, aber auch mit aktuellen politischen Themen auseinanderzusetzen: beispielsweise mit dem Thema „Zwangsarbeit im 2. Weltkrieg“ am russischen Gräberfeld auf dem Waldfriedhof oder mit dem Thema „Moderne Sklaverei“ in der Fleischindustrie anhand eines Impulsvortrages von Pfarrer Peter Kossen. In der BeWEGnung ging es immer wieder um die eigene Ohnmacht, der die jungen Frauen und Männer im Persönlichen und Gesellschaftlichen ausgesetzt sind. „Bewahrt euch die Fähigkeit, euch von persönlichen Schicksalen, von Menschen, berühren zu lassen“, ermutigte die ehemalige Freiwillige Greta Lüking die Teilnehmenden abschließend. Durch die teilweise sehr persönlichen Zeugnisse der unterschiedlichen Referentinnen und Referenten wurde deutlich, dass das große politische Rad, die manchmal ohnmächtigen großen Themen, sehr eng verwoben sind mit der eigenen Identitätsentwicklung: Und auch das ist weltkirchliches, politisches Handeln! „Während des Laufens bin ich noch einmal ganz anders ins Nachdenken gekommen – das war eine spannende und sehr bereichernde Gruppen- und Selbsterfahrung. Die Mischung aus privaten, politischen und gesellschaftlichen Impulsen, gepaart mit der Möglichkeit, sich in und von der Natur inspirieren zu lassen, hat mir total gut gefallen“, fasst Ida Rose ihre Erfahrungen zusammen.

Die BeWEGnung ist so konzipiert, dass sie für unterschiedliche Zielgruppen angeboten werden kann. Für die Durchführung ist eine Gruppe von ehemaligen Auslandsfreiwilligen verantwortlich.

Wenn Sie als Pfarrei, Familiengruppe, Verband, Firmkatecheten oder Arbeitsteam an einer Wanderung Interesse haben, melden Sie sich gerne unter ms-freiwillig@bistum-muenster.de, um die Rahmenbedingungen und themenspezifische Inhalte zu besprechen.

Sebastian Aperdannier
Franziska Barthelt
Judith Wüllhorst

Bildungsarbeit auch in Corona-Zeiten

Kontaktlos Interesse wecken mit Ausstellungen von Brot für die Welt

Viele Bildungsangebote setzen auf Interaktion und sind daher in Zeiten von Corona nur bedingt einsetzbar. Ausstellungen können eine Alternative sein, um das Interesse an globalen Themen zu wecken oder zu halten.

Brot für die Welt verleiht Ausstellungen zu Themen wie Fairer Handel, Wasser oder Flucht und Migration. Sie eignen sich für Gemeindefeste, Schulveranstaltungen, Firmenfeiern und vieles mehr.

Die Ausstellung „Wasser für alle“ zum Beispiel veranschaulicht anhand von acht Plakatleinwänden die Auswirkungen unseres Lebensstils auf die globale Wasserverfügbarkeit. Fast 2,2 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Gleichzeitig werden große Mengen an Trinkwasser in der Landwirtschaft verbraucht und über Produkte in andere Länder exportiert.

Diese und andere Ausstellungen sind bestellbar auf
www.brot-fuer-die-welt.de/gemeinden/ausstellungen

Unterrichtsmodule zu weltweiten Entwicklungsfragen und zur nachhaltigen Entwicklung

Module, Medien, Materialien

Rund 170 Unterrichtsmodule zu Themen der weltweiten und nachhaltigen Entwicklung haben sechs entwicklungspolitische Organisationen Anfang 2020 publiziert. Es gibt Module für alle Schulformen und für unterschiedliche Fächer, jeweils ausgestattet mit thematischen Erläuterungen, Vorschlägen für das unterrichtliche Vorgehen und mit Materialien- und Medienhinweisen. Die Angebote können frei genutzt und auch selbst für die eigenen Bedarfe verändert werden (nach OER-Standard By-SA-4.0).

Die Herausgeber sind das Welthaus Bielefeld in Kooperation unter anderem mit der Kindernothilfe, mit Misereor und mit dem Kindermissionswerk „Die Sternsinger“.

www.globales-lernen-schule-nrw.de

Youth Climate Action Day

Junge Menschen rund um den Globus setzen Zeichen für mehr Klimaschutz

Auch in diesem Jahr wird es wieder einen Youth Climate Action Day geben, und zwar am 5. Dezember. Organisiert wird er vom Amt für MÖWe und dem Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen, dem Eine Welt Netz NRW und der Vereinten Evangelischen Mission. In Kleingruppen und mit etwas Kreativität ist eine Beteiligung auch zu Zeiten von Corona gut möglich. Junge Menschen sind eingeladen, mit eigenen lokalen Aktionen mitzumachen oder zum Aktionstag nach Dortmund zu kommen.

Im Dezember vergangenen Jahres sangen Grundschülerinnen und Grundschüler in Italien beim Climate Action Day: „We need to build a better future and we need to start right now“. Sie haben zur Melodie von Bella Ciao ihr eigenes Klima-Lied gedichtet und sich weitere Aktionen überlegt: Einige malten Plakate, andere nahmen sich vor, öfter mit dem Fahrrad zur Schule zu fahren und überlegten, wie sie Wasser sparen können. Gleichzeitig organisierten Partnergemeinden der Vereinten Evangelischen Mission (VEM) in Indonesien Kleidertausch, Konzerte, nachhaltige Kochwettbewerbe, Recycling-Aktionen und stellten eigene Seife her. In Tansania und der DR Kongo pflanzten Schülerinnen und Schüler Bäume ein.

Nicht nur in Italien, sondern in zwölf Ländern fanden beim letzten Youth Climate Action Day Aktionen für das Klima statt. Damit setzten junge Menschen ein Zeichen, dass der Klimaschutz jetzt und nicht irgendwann Beachtung finden muss. Und dass jeder etwas dafür tun kann, was gemein-

sam großen Spaß machen kann. Der Aktionstag entstand nicht mit der Fridays for Future-Bewegung, sondern findet schon seit 2012 jedes Jahr rund um das Datum der UN-Klimakonferenz statt. „Der Aktionstag hat sich bei uns gut etabliert. Manche Partnerkirchen haben bereits angefragt, wann der nächste Climate Action Day stattfinden wird“, erzählte Sofia Anggraita aus dem Regionalbüro der VEM in Indonesien. Über Social Media-Kanäle zeigen die jungen Menschen mit ihren konkreten Aktionen, dass sie sich für das Klima einsetzen. Sie zeigen Solidarität füreinander und tauschen ihre Aktionsideen aus. Das motiviert und gibt Mut, mit der Krise, die Klimawandel und Artenverlust bedeuten, umzugehen.

In Deutschland fand der Youth Climate Action Day zum ersten Mal als zentraler Aktionstag statt: Mit Workshops, Austausch und Foodsharing-Schnippelparty. Zentral war dort die Beschäftigung mit Klimagerechtigkeit.

Doch Wissen allein um drohende CO_2 -Werte und Ungerechtigkeiten reicht oft nicht aus, um tatsächlich klimafreundlicher zu handeln oder politisch aktiv zu werden. In verschiedenen Workshops konnten sich die rund 40 jungen Menschen dem komplexen Thema daher auf kreative Art oder durch den Austausch mit Expertinnen aus dem Globalen Süden nähern. „Beim Poetry Slam zum Beispiel stehen die Gefühle im Vordergrund. Wir können dabei unser Inneres, unsere Ängste, Hoffnungen nach außen kehren. Wir kommen dann aus dem eher verkopften Argumentationsmodus heraus, in dem wir häufig stecken“, erklärte die Sozialpädagogin Monique Kluß, Leiterin des Poetry Slam Workshops beim Aktionstag. Kreativ werden und Methoden für mehr Klimaschutz kennenlernen war auch das Ziel der weiteren Workshops. So zog eine Gruppe mit Sprühkreide in den Händen los. Durch abwaschbare Gemälde in den umliegenden Straßen warben sie für ein Lieferkettengesetz, das Unternehmen verpflichtet, soziale Standards und Umweltstandards auch im Ausland einzuhalten.

Internet
www.climateactionday.org
www.facebook.org/climateactionday
#climateactionday

Kontakt
Johanna Schäfer
johanna.schaefer@
moewe-westfalen.de
Fon 0231 540976

IMPRESSUM

Der **infodienst** der Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Gruppen im Bistum Münster und in der Evangelischen Kirche von Westfalen erscheint unregelmäßig. Der Bezug ist kostenlos. Einzelne Artikel können nach Rücksprache mit der Redaktion kostenlos abgedruckt werden.
Alle namentlich gekennzeichneten Artikel entsprechen der Meinung der Verfasser.

Redaktion: Ulrich Jost-Blome (V.i.S.d.P.), Katja Breyer
Layout: Thomas Bauer, kampanile.de / Druck: Joh. Burlage, Münster
Fotonachweise: RitaE, Hans Braxmeier (beide pixabay.com), Moritz Hellweg, ILO Asia-Pacific/flickr.com, Maren Kuiter, Silviu Guiman Luetzow.Studio, Erlassjahr.de, Brot für die Welt, Opmeer Reports, Kirchentag/Fabian Weiss, Achim Pohl/Renovabis, Claudia Schmidt, Jo Hempel, Margot Bell, UEM Indonesien, Karagwe Diocese of Lutheran Church, Tansania, Christina Biere (MÖWe) Bistum Münster, privat
Kontakt: Bischöfliches Generalvikariat Münster, Fachstelle Weltkirche, Rosenstraße 16, 48143 Münster, Fon 0251 495 398, jost-blome@bistum-muenster.de

Das verwendete Papier ist aus 100 % Altpapier hergestellt.
Klimaneutral Druckprodukt
ClimatePartner.com/11415-1809-1002

62. Aktion Brot für die Welt

Kindern Zukunft schenken

Mitglied der actalliance

Brot für die Welt

Jedes Kind hat das Recht auf Freiheit, Gesundheit und Bildung. Doch vielen Kindern und Jugendlichen bleiben diese und andere Rechte verwehrt. Deswegen muss Hunger und Armut – die wichtigsten Ursachen von Kinderarbeit – bekämpft werden: Jeder fünfte Mensch unter 18 Jahren lebt in extremer Armut. Die Corona-Krise wird dies noch verschärfen. Die 62. Aktion von Brot für die Welt stellt den Kampf gegen ausbeuterische Kinderarbeit in den Mittelpunkt.

Informationen
www.brot-fuer-die-welt.de

Unterstützen Sie die Arbeit von Brot für die Welt – auch durch Ihre Spende!

IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB
Bank für Kirche und Diakonie

Online-Spenden: www.brot-fuer-die-welt.de/spende